

Atomwirtschaft

Die Kapazität der deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau soll um 150 Prozent erhöht werden

„Strahlend fährt der Tod durchs Land. Stoppt die Uranfabrik Gronau!“ Das stand auf dem Transparent, das AktivistInnen der Umweltschutzorganisation Robin Wood am 7. Juli 2003 auf dem Gelände der nordrhein-westfälischen Landesgartenschau über Bahngleise spannten, über die üblicherweise die Waggonen mit strahlendem, stark giftigem Uran in die Uranfabrik Gronau rollen.

Mit der Aktion protestierten die UmweltschützerInnen anlässlich des am folgenden Tag im Örtchen Legden beginnenden Erörterungstermins gegen die trotz „Atomausstieg“ geplante Kapazitätserweiterung der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) und den Neubau eines „Zwischenlagers“ für gigantische 60.000 Tonnen Uranoxid neben der UAA. Dem Energieministerium im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen liegen rund 7.000 Einwendungen vor. Legden ist 30 Kilometer von Gronau entfernt.

260 Bahnwaggons oder 750 Lkws rollen jährlich mit Uranhexafluorid beladen durch das Gronauer Stadtgebiet. Ziel ist die Urananreicherungsanlage der Firma Urenco. Schon jetzt reicht die Kapazität der Atomfabrik aus, um 14 Atomkraftwerke mit Brennstoff zu versorgen. Doch die Urenco plant eine Erweiterung der Atomfabrik um das Anderthalbfache. Dies hätte zur Folge, daß jährlich bis zu 840 Bahnwaggons oder 2.770 Lkws mit Uran beladen durch die Gronauer Innenstadt rollen würden. Zusätzlich zum Zwischenlager soll auch noch mehr Uranhexafluorid in Fäs-

sern unter freiem Himmel gelagert werden.

Betreiberin der UAA Gronau ist ein Firmenkonsortium der Urenco GmbH und der Uranit GmbH. Uranit mit Sitz in Jülich ist die Muttergesellschaft der Urenco Deutschland und gleichzeitig Tochtergesellschaft der beiden größten deutschen Atomriesen RWE Energie und der E.ON Kernkraft GmbH.

„Uranhexafluorid ist in höchstem Maße giftig“, erklärt Bettina Dannheim, Energiereferentin von Robin Wood. „Doch trotz der bekannten Gefahren wird das Uran in einfachen Behältern ohne Schutzhülle durch dicht besiedelte Gebiete transportiert. Das verstößt gegen die Empfehlungen der Internationalen Atomenergie Behörde. Bei einem schweren Transportunfall wären die Folgen katastrophal. Die Art und Weise, in der die Urenco diese Gefahren herunterspielt, ist Ausdruck der nachlässigen Gefahrenvorsorge und Unzuverlässigkeit des Betreibers.“

Die gesundheitlichen Gefahren, die sich für die Bevölkerung durch den Betrieb der Atomanlage ergeben, nimmt die Urenco offenbar nicht ernst. So werden in der Umgebung des UAA-Geländes die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung nicht eingehalten. Das gibt die Urenco in ihrem Sicherheitsbericht selbst zu. Zusätzlich zur erhöhten Strahlenbelastung im Normalbetrieb kommen immense gesundheitliche Risiken, etwa durch Transportunfälle, Blitzschlag und Brände in der Anlage sowie unfallbedingte oder gezielte Flugzeug-

abstürze, fürchtet Robin Wood und drängt auf eine Schließung der Anlage. Ein Ausbau der Atomfabrik sei mit dem von der rot-grünen Bundesregierung gesetzlich geregelten Atomausstieg nicht vereinbar. Die Erweiterung der Anlage würde dazu führen, daß von Gronau aus 34 Atomkraftwerke auf der ganzen Welt mit Brennstoff versorgt werden könnten. Wer in Deutschland aus der Atomenergie aussteigen wolle, dürfe auch den Ausbau und Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in anderen Ländern nicht sichern. Mit dem geplanten Ausbau der UAA in Gronau werde eine Hintertür für den dauerhaften Weiterbetrieb von Atomanlagen in Deutschland geöffnet. Es könne auch nicht ausgeschlossen werden, daß abgereichertes Uran, das in Gronau als Abfall anfällt, später zur Herstellung von Uranmunition verwandt werde. ●

Tschernobyl-Folgen

Der Strontium-Fallout korreliert mit der frühen Säuglingssterblichkeit um Tschernobyl

Der Strontium-Effekt überragt den Cäsium-Effekt um das Zehnfache

Die frühe Säuglingssterblichkeit (perinatale Mortalität) in den ukrainischen und weißrussischen Gebieten um Tschernobyl nahm 1987, dem Jahr nach dem Reaktorunglück, zu. Für das selbe Jahr wurde auch die Zunahme der frühen Säuglingssterblichkeit in Deutschland und Polen untersucht, wobei sich der Effekt der Cäsiumbelastung schwangerer Frauen zuordnen ließ. Nach 1989 gab es in Weißrußland und in der Ukraine ei-

nen zweiten unvermuteten Anstieg der frühen Säuglingssterblichkeit. Für diesen erneuten Anstieg läßt sich eine zufriedenstellende Beziehung zur Strontiumbelastung schwangerer Frauen herstellen. Das zeigte Alfred Körblein vom Umweltinstitut München jetzt in einer Untersuchung. Seine Ergebnisse stimmen mit dem Anstieg der frühen Säuglingssterblichkeit in Deutschland nach den oberirdischen Atombombentests in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts überein. Während sich der Effekt von Radiocäsium im wesentlichen auf 1987 begrenzt zeigte, blieb der Strontium-Effekt bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes in 1998 nachweisbar. Insgesamt überwiegt dabei die Zahl der früh verstorbenen Säuglinge ab 1988 (Strontium-Effekt) der bis 1987 (Cäsium-Effekt) um das Zehnfache. Das steht im Widerspruch zu der Behauptung, daß der Cäsiumgehalt im Tschernobyl-Fallout mehr als 10-fach größer war als der Strontiumgehalt. So scheint es, daß die heute verwendeten Dosisfaktoren die Wirkung von Strontium auf die frühgeburtliche Sterblichkeit deutlich unterschätzen.

A. Körblein: Strontium fallout from Chernobyl and perinatal mortality in Ukraine and Belarus. Radiats Biol Radioecol. 2003 Mar-Apr;43(2):197-202. ●

Katastrophenplanung

Jodtabletten für Amerikaner

Polen als Vorbild

In den Vereinigten Staaten sollen in großem Umfang Kaliumjodid-Tabletten gelagert und an die Bevölkerung verteilt werden. Von den Tabletten erhofft man sich eine vorbeugende Wirkung gegen Schilddrüsenkrebs, mit dem bei der Freisetzung von radioaktivem Jod gerechnet wird,